

wie vergebliche Mühe, wenn man die Art und Weise betrachtet, mit der die Entwicklungsplaner/innen beharrlich die Argumente der Gegner des San Roque-Projektes ignorieren.

Wie erwartet verteidigen die Konstrukteure des Projektes den Damm als eine gute Sache und heben hervor, dass Präsident Estrada, als er 1999 sein Amt antrat, ein Gutachten forderte und die beauftragte Behörde versicherte, dass alle Standards erfüllt seien. Auch Präsidentin Arroyo betrachtet das Projekt als notwendige Maßnahme zur Ankerbelung der Wirtschaft. Aber wie kann der Wert eines einzigen Projektes das Konzept einer Politik aufwiegen, mit der die Regierung ihre eigenen Gesetze übertritt und den indigenen Gemeinschaften Entwicklungsprojekte wie diesen Staudamm aufzwingt?

Der IPRA sollte die Rechte der indigenen Gemeinschaften schützen:

- 1) Das Recht auf angestammtes Land — insbesondere das Recht, nicht umgesiedelt zu werden »ohne ihre freie und ausdrückliche Zustimmung« (IPRA, Absatz 7);
- 2) Das Recht auf Selbstbestimmung — insbesondere das Recht auf Beteiligung an »Entscheidungen, die ihre Rechte, ihr Leben und ihr Schicksal beeinflussen« (IPRA, Absatz 16).

Es ist wahrscheinlich die größte Tragödie im Leben, dass es immer wieder die selben Missstände sind, auf die man trotz aller Fortschritte stößt. Entwicklungsprojekte und ihre Folgen sind ein klassisches Beispiel dafür, wie wünschenswerte Bestrebungen — etwa Entwicklung als solche — Prozesse und Arrange-

ments fördern, die ungerecht und in keinster Weise nachhaltig sind. Auf solch traurige Wahrheiten stößt man immer wieder bei Staudammprojekten.

*Dieser Artikel basiert auf Dokumenten und Presseberichten der Cordillera People's Alliance und der Rivers Watch East and Southeast Asia sowie auf jüngst erschienenen Artikeln des Philippine Daily Inquirer.  
Übersetzung: Heike Aurin*

#### Anmerkungen:

- 1) Die CPA lässt den Ibaloi vor Ort Hilfe zukommen, indem sie ihre Organisation Shalupirip Santahnay Indigenous People's Movement unterstützt. Auf internationaler Ebene ist die Gruppe mit dem International Rivers Network und Rivers Watch East and Southeast Asia verbunden.

## Das nächste Afghanistan?

### Ergebnisse einer Fact-Finding-Mission nach Basilan

von Walden Bello

*Im Februar 2002 landeten die ersten US-Militärtruppen — angeblich zu den üblichen gemeinsamen Militärübungen mit dem philippinischen Militär (AFP — Armed Forces of the Philippines) — in der südlichen Inselprovinz Basilan. US-Beamte äußerten hingegen, dass die Spezialeinheiten in Basilan seien, um die Abu Sayyaf auszuradieren, eine Terroristenzelle, die mit dem Al-Qaida Netzwerk verbunden sein soll.*

Die Übungen in Basilan sind nicht gewöhnlich: sie finden in aktuellen Kampfgebieten statt und werden länger als 6 Monate dauern (siehe auch: Kriegsgrüße aus Afghanistan, *südostasien* 1/2002, S. 73ff)

Aus der Befürchtung heraus, dass die Ereignisse in Afghanistan sich nun in Basilan wiederholen könnten, wurde eine 16-köpfige internationale Friedensmission — zusammengesetzt aus Wissenschaftlern, Parlamentarier/innen, Mitgliedern der Zivilgesellschaft und Menschenrechtsaktivist/innen — geschaffen, die vom 23. bis zum 28. März 2002 durch Basilan, Zamboanga City und Cotabato City reiste.

Die Mission hatte folgende Untersuchungsgebiete: Erstens, die von offizieller Seite verneinten Berichte über Übergriffe gegen Zivilist/innen, willkürliche Verhaftungen und Vertreibung von betroffenen Gemeinschaften zu untersuchen. Und zweitens, das Vorgehen und die Auswirkungen der amerikanischen Militärpräsenz auf den andauernden

separatistischen Kampf in dem Gebiet zu bewerten.<sup>1</sup>

#### Menschenrechtsverletzungen

Die Untersuchungsmission ist zu folgenden Ergebnissen gekommen:

*Walden Bello ist Direktor von Focus on the Global South. Er hat an der Untersuchungsmission in die Südphilippinen teilgenommen. Der vorliegende Artikel ist der stark gekürzte Bericht der Internationalen Untersuchungsmission nach Basilan.*

*Die Untersuchungsmission wurde gemeinsam von Focus on the Global South, dem Institute for Popular Democracy, der Parteiliste AKBAYAN und dem Transnational Institute aus Amsterdam organisiert.*

Das philippinische Militär und die Provinzregierung in Basilan verletzen Menschenrechte:

Im Provinzgefängnis von Basilan spricht sehr viel dafür, dass das Militär die Menschenrechte der Inhaftierten missachtet: Von den 113 Gefangenen, in fünf kleine Zellen gepfercht, gaben allein 62 an, ohne Haftbefehl inhaftiert worden zu sein. Unter den Gefangenen waren Kinder, eine hochschwangere Frau und ein alter Mann über 65 Jahre.

Den Mitgliedern der Untersuchungsmission und den Kongressabgeordneten des Menschenrechtskomitees des Repräsentantenhauses wurde auf Befehl des Gouverneurs der Zutritt zum Gefängnis verwehrt. Trotzdem gelang es einigen Mitgliedern, heimlich mit den Inhaftierten zu sprechen. Diese berichteten, dass viele von ihnen im letzten Jahr bei massiven Militäreinsätzen verhaftet wurden. Die meisten Häftlinge werden nun schon länger als sieben Monate aufgrund des Verdachts festgehalten, Mitglieder der Abu Sayyaf Gruppe (ASG) zu sein, ohne dass eine Anklage gegen sie erhoben wurde. Auf die Frage, ob die Häftlinge dazu gezwungen worden seien, ihre Mitgliedschaft in der ASG zuzugeben, antworteten die Inhaftierten in einer Zelle unvermittelt »Kuryente« — Elektro-Schock. Offensichtlich ist das Militär dazu übergegangen — was auch durch andere Berichte bestätigt wurde — Zivilisten zu quälen, um Geständnisse aus ihnen herauszupressen.

Gefangene des Provinzgefängnisses können sich im Gegensatz zu anderen Bewohner/innen Basilans jedoch noch glücklich schätzen. Bei Gesprächen mit den Missionsmitgliedern berichteten Ortsansässige, die nicht namentlich genannt werden wollten, nach Gebeten in der Moschee verhaftet und gezwungen worden zu sein, eine Mitgliedschaft in der ASG zuzugeben. Sie berichteten über die Erlebnisse von Freunden und Verwandten, die verhaftet und in Gefängnisse nach Zamboanga City und Manila gebracht wurden.

Laut Tom del Monte vom *Moro Human Rights Center*, einer Organisation, die Menschenrechtsverletzungen dokumentiert und Hilfe für die Opfer bereitstellt, ist es an der Tagesordnung, dass das Militär jedes

Mal, wenn Zivilisten getötet werden, diese als Abu Sayyaf-Mitglieder denunziert. Schließlich können die Opfer, tot wie sie sind, ihre Unschuld nicht mehr beweisen.

Ebenso sei es üblich, so del Monte, dass das Militär seine Verhaftungen auf Informationen von verdeckten Informanten gründet. In den meisten Fällen erlaubt es sich das Militär — ob wissentlich oder unwissentlich — dabei nur, zum Zwecke der persönlichen Rache von konkurrierenden Mächten in der Provinz benutzt zu werden. Anstatt sich selbst um Rache zu bemühen, melden diese Elemente einfach dem Militär, dass ihr persönlicher Feind Verbindungen zu den Abu Sayyaf hat.

In Barangay Limpapa, Zamboanga City, sind die Menschenrechtsverletzungen anderer Art. Es geht nicht um die willkürliche Gefangennahme von Bewohner/innen, sondern um die Einnahme ihres Landes. Das Land, das dort die Subanen als ihr angestammtes Land betrachten, wurde schon Jahre zuvor von der Behörde der *Zamboanga City Special Economic Zone* (ZCSPEC) unter Missachtung des Anspruchs der Subanen in Beschlag genommen und nun an die AFP für ihre Militärübungen vermietet. Die Subanen wurden dabei nicht einmal zur Beratung hinzugezogen. Laut dem Dorfführer sind nun 17 Familien dazu gezwungen, ihr Land zu verlassen. Zahlreiche Familien werden indirekt betroffen sein. Die Übungen beeinträchtigen außerdem das kulturelle Leben der Subanen, denn ihre traditionellen Begräbnis- und Gebetsplätze werden von Truppen beschlagnahmt. (Aufgrund einer internationalen Unterschriftenaktion hat sich das Militär mittlerweile aus Limpapa zurückgezogen — die Red.)

Auch die nationale Menschenrechtskommission und der Menschenrechtsverband KARAPATAN haben in jüngster Zeit Untersuchungsmissionen in Basilan durchgeführt — und ist zu ähnlichen Ergebnissen wie wir gekommen. Aber die Regierung behauptet immer noch, es gebe keine Menschenrechtsverletzungen in Basilan. Sind die Anschuldigungen von Menschenrechtsverletzungen überzeugend? Sind die Beweismittel stark genug? Wie können wir sicher sein, dass die Zeugen die Mission nicht absichtlich in die Irre

geführt haben? Es gibt keine Garantien dafür. Aber die Anschuldigungen unter der wachsenden Beweislage fallen zu lassen, wäre nicht nur ungesetzlich, sondern auch unverantwortlich. Die Zweifel auch aus den Reihen der Regierung sollten wesentlicher Anlass sein, eine genauere Untersuchung durchzuführen. Für den Anfang würde es vielleicht auch schon reichen, die Anschuldigungen gegen das philippinische Militär nicht mehr als »Beleidigung des philippinischen Soldaten« — so die Präsidentin Macapagal-Arroyo — zu betrachten, sondern als eine hilfreiche Strategie, um das Abu Sayyaf-Problem endgültig zu lösen. Die Abu Sayyaf, so ein früheres Mitglied, platzt nämlich durch den starken Zulauf von Opfern militärischer Verbrechen und Verwandten von Zivilisten, die von Soldaten getötet worden sind, fast aus den Nähten.

## Kompagnons?

Wie soll das philippinische Militär das Abu Sayyaf-Problem lösen, wenn es selbst Teil des Problems sein könnte? Während des Aufenthaltes in Basilan unterhielten sich die Missionsmitglieder mit Zeugen, die die Anschuldigungen bekräftigten, dass das philippinische Militär mit der Gruppe, die sie angeblich verfolgen, unter einer Decke steckt. Die Berichte der Augenzeugen über die Geschehnisse in Lamitan sind glaubwürdig: Führende Militärs und die Lokalregierung ermöglichten eine Lösegeldzahlung im Austausch gegen einige Geiseln und trugen außerdem zum Entkommen der Abu Sayyaf bei.<sup>2</sup>

Und es ist auch nicht so, dass die Augenzeugen in Lamitan die ersten und einzigen gewesen wären, die auf die mögliche Interessenüberschneidung zwischen Militär, Regierung und Abu Sayyaf hingewiesen haben.<sup>3</sup> Sogar die Waffen der Kidnapper kommen vom philippinischen Militär. Der Augenzeugenbericht von Father Nacorda über ein Waffenlager der Abu Sayyaf mit Waffen des philippinischen Militärs wurde von einem früheren Abu Sayyaf-Mitglied bestätigt.

Auch die MNLF (*Moro National Liberation Front*) und die MILF (*Moro Islamic Liberation Front*), aus



Foto: N.N.

Mit allen Wassern gewaschen — die Terrorbekämpfung in den Südpalippen

deren Reihen die meisten Mitglieder der ASG ursprünglich stammen, sind der Meinung, dass die Abu Sayyaf vom Militär infiltriert wurden.

Das Ausmaß der Verwicklungen kann nicht klar bewiesen werden. Aber es kann auch nicht mit begründeter und verantwortlicher Sicherheit geleugnet werden. Wenn das Abu Sayyaf — Problem dadurch gelöst werden könnte, dass man sich mit den Fällen von Korruption und Konspiration innerhalb der Regierung, des Militär und der Abu Sayyaf befasst, dann wären die militärischen Operationen der US-Spezialeinheiten — mit den damit einhergehenden Problemen — unnötig.

### Einsatz von US-Truppen ungerechtfertigt

Die USA spielen vielleicht nicht nur ein Spiel mit den Philippinen. Ursprünglich wollte Amerika seine Soldaten Seite an Seite mit dem philippinischen Militär in den Kampf schicken. Da dies durch die philippi-

nische Verfassung ausdrücklich verboten ist, wurde die Übereinkunft getroffen, dass die amerikanischen Soldaten nur als Trainer und Berater, aber in aktuellen Kriegsgebieten fungieren würden. Keines der zahlreichen Sicherheitsabkommen und -verträge zwischen den Philippinen und den USA erlaubt den Einsatz von Militärkräften in Kriegsgebieten.

Vielleicht dient diese kalkulierte Widersprüchlichkeit nur dazu, die wahren Absichten Amerikas zu verdecken. Denn alle drei Rechtfertigungen des Einsatzes der US-Spezialeinheiten halten einer näheren Betrachtung nicht stand. Erstens können die amerikanischen Truppen nicht behaupten, das philippinische Militär zu trainieren, da philippinische Soldaten sogar erfahrener als die amerikanischen »Trainer« sind. Zweitens können sie nicht beanspruchen, die Abu Sayyaf als einen Teil des Al-Quaida-Netzwerks zu verfolgen, da es keine bewiesenen Verbindungen zwischen den beiden Gruppen mehr gibt. Und drittens können sie nicht behaupten, die Geiseln der Abu

Sayyaf retten zu wollen, da diese auch ohne ihre Hilfe gerettet werden könnten.

Das philippinische Militär braucht kein Training: Das philippinische Militär ist als eines der besten Anti-Guerilla-Kampfseinheiten der Welt bekannt. In den letzten 50 Jahren haben sie gegen die HUKBALHAP-Bewegung und die NPA an einer Front und muslimische Rebellengruppen an der anderen Front gekämpft. Die philippinischen Soldaten haben eine größere, kontinuierliche und aktuelle Kampferfahrung als die amerikanischen. Außerdem: geht es um die Kenntnis des Terrains und das Wissen über die taktischen Strategien des Feindes, ist es das philippinische Militär, das den Amerikanern noch etwas beibringen könnte — nicht umgekehrt.

Bei einem Besuch des Militärcamps, das die amerikanischen Soldaten beherbergt, enthüllte Major Salvador Calanoy, dass die philippinischen Soldaten gegenwärtig in medizinischer Evakuierung und der Treffsicherheit beim Schiessen unterwiesen werden würden — um diese Fähigkeiten bedarf es keiner speziellen amerikanischen Unterweisungen.

Keine überzeugenden Verbindungen zur Al-Quaida: Keine geringere als die Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo hat Spekulationen über eine Verbindung der Abu Sayyaf mit der Al-Quaida zurückgewiesen. Für sie sind die Abu Sayyaf lediglich eine »geldgeile Bande von Kriminellen«, keine islamische Extremistengruppe. Darüber hinaus erklärte der Präsidentensprecher Rigoberto Tiglao sieben Tage nach den Anschlägen vom 11. September, dass, während die Abu Sayyaf noch bis 1995 von der Al-Quaida finanzielle Unterstützung genossen haben könnten, seitdem »keine Verbindungen mehr bestehen«. Auch ein Offizier in Basilan, Major Calanoy, äußerte Zweifel über die nachgesagte Verbindung. Alles, was sie wissen, sei, dass es Verbindungen zu auswärtigen Terroristen gäbe. Es gibt keine Beweise, die die Annahme zu stützen, dass es sich dabei um Bin Ladens Al Quaida handelt.

Das philippinische Militär sollte die Geiseln alleine befreien können: Es verwundert doch sehr, wie es einer 17.000 Mann starken

militärischen Kraft bisher nicht gelingen konnte, 60 »Banditen« zu fassen.<sup>4</sup>

Wie schon zuvor ausgeführt, kann die Unfähigkeit des philippinischen Militärs, die Abu Sayyaf zu besiegen, weit besser durch Fälle von Korruption als durch Inkompetenz erklärt werden. Das Problem in Basilan kann nicht durch militärische Mittel gelöst werden, weil es sich um ein politisches Problem handelt, welches eine politische Lösung verlangt. Das philippinische Militär müsste von innen heraus »gesäubert« werden, was sich als sehr schwierig gestaltet mit einer Präsidentin, die ihr Amt der Unterstützung des Militärs zu verdanken hat.

## Was wollen die USA in Basilan?

Wenn die amerikanischen Einheiten also nicht gekommen sind, um das philippinische Militär zu trainieren, eine Al-Quaida-Zelle loszuwerden oder Geiseln zu befreien, warum sind sie dann in Basilan?

Die Motive — unter Schichten von gespielter Naivität versteckt — sind möglicherweise kalkulierter und strategischer. Die Mission befürchtet, dass die USA gegenwärtig den Plan verfolgt, ihre Präsenz in Südostasien auszubauen, um auf islamistische Bewegungen zu antworten, die ihre nationalen Interessen bedrohen.

Des Weiteren mag die US-Beteiligung nur zur Ablenkung von den eigentlichen Wurzeln des fortlaufenden Konfliktes dienen. Eine militärische Lösung lässt leicht vergessen, dass die wahren Feinde letztendlich immer ökonomische Ungleichheit, religiöse Diskriminierung und politische Benachteiligung sind, unter denen die Muslime durch die Jahrzehnte hindurch zu leiden hatten. Im Grunde sind dies die Gegebenheiten, die den Abu Sayyaf zur Geburt verholfen und sie am Leben erhalten haben.

Aber mehr noch als die falschen Lösungen erregt es Besorgnis, dass die US-Präsenz in den südlichen Philippinen das Potential in sich trägt, einen größeren und ernsteren Konflikt zu entzünden als jenen, den sie zu beenden anstrebt. Es existiert die berechtigte Angst, dass sowohl die Friedensverhandlungen mit der MNLF als auch mit der MILF durch

die Einmischung der USA untergraben werden könnten. Merkwürdigerweise wird nun auch der MILF Verbindungen zur Al-Quaida nachgesagt. Seit dem Beginn der Militärübungen hat die MILF die Bewegungen und Aktivitäten des US-Militärs auf dem Festland Mindanaos verfolgt und ist dabei zu der Überzeugung gekommen, dass das amerikanische Militär den Bau eines Hafens in General Santos plant.

In diesem Szenario würden die lokalen Konflikte eine internationale Dimension erhalten und zu einem größeren Krieg sich ausweiten. Die Philippinen würden dann ein Stützpunkt für einen längerfristigen Krieg der Vereinigten Staaten gegen seine Feinde, wer auch immer sich als solche entpuppen. In diesem Szenario würde Basilan — für das Frieden ohnehin seit langem ein Fremdwort ist — einer Art von Krieg ausgesetzt werden wie niemals zuvor.

## Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Die Mitglieder der internationalen Friedensmission trafen mit der Sorge in Basilan ein, dass die Insel, um es mit den Worten eines US-Senators auszudrücken, zum »nächsten Afghanistan« werden könnte. Als sie abreisten, waren sie noch besorgter als zuvor.

Im Lichte der philippinischen Regierungspolitik von Verleugnung und Untätigkeit den Untersuchungsergebnissen der Mission gegenüber empfehlen wir besonders:

- eine umfangreichere und systematischere Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen in Basilan.
- konzentriertere Bemühungen, Hilfsorganisationen aufzubauen oder bestehende Gruppen zu stärken, die sich den Opfern der Menschenrechtsverletzungen annehmen.
- einen geschlossenen Aufruf aller Gruppen an die philippinische Regierung, ernsthafte Nachforschungen über Menschenrechtsverletzungen anzustellen, die Schuldigen zu bestrafen, die Opfer zu entschädigen und alles in ihrer Macht stehende zu tun, um zukünftige Menschenrechtsverletzungen und eine stillschweigende

Duldung der Abu Sayyaf zu vermeiden.

- eine intensivierte Kampagne von zivilgesellschaftlichen Gruppen und Regierungen für eine Neubewertung der militärischen US-Präsenz in Basilan.
- eine stärkere und differenzierte Informationsverbreitung über die wahre Situation in Basilan. Dies ist besonders wichtig, seit die Medien dazu tendieren, hauptsächlich über die militärische Jagd nach den Abu Sayyaf zu berichten.

Wir rufen internationale Organisationen und Institutionen, Parlamente, internationale Dachverbände und zivilgesellschaftliche Bewegungen dazu auf, auf eine sinnvolle Art und Weise zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Basilan beizutragen — in einem Krieg, der nicht der ihre ist. Frühere Konflikte in vielen anderen Teilen der Welt wurden durch die Vermittlung von dritten Parteien, die sich für Dialog und Versöhnung engagiert haben, beigelegt. Dies ist die Art der Versöhnung, die wir dringend in Basilan brauchen. ●

Übersetzung: Maïke Grabowski

## Anmerkungen

- 1) Die meisten Untersuchungsmitglieder haben bereits an ähnlichen Missionen in Bosnien-Herzegowina, Estland, Südafrika, Russland und anderen Konfliktregionen teilgenommen.
- 2) 2001 gelang es einer Gruppe von Abu Sayyaf Mitgliedern, die sich mit ihren Geiseln in einem Krankenhaus in Lamitan verschanz hatten, trotz der vollständigen Umstellung des Gebäudes ungesehen zu entkommen.
- 3) Vor zwei Jahren behauptete der Spiegel, dass die Verschwörung zwischen den Abu Sayyaf und der Regierung sich bis in die höchsten Kreise des Kabinetts erstreckte. Während der Lösegeldverhandlungen für die Freilassung der im April 2000 auf Sipadan entführten Geiseln steckte sich ein Minister (Robert Aventajado), der dem damaligen Präsidenten Estrada sehr nahe stand, angeblich einen Teil der Millionen US-Dollar Lösegeld in die eigene Tasche.
- 4) Gegenwärtig befinden sich 5.000 philippinische Soldaten und etwa 12.000 bewaffnete paramilitärischer Gruppen (Citizens Armed Forces Geographical Units, CAF-GUs, und Civilian Volunteer Organizations, CVOs) in Basilan.